

## Beschluß im Strafverfahren gegen kriminelle Personen und Körperschaften.

Aufgrund des Begehens unerlaubter Handlungen im Sinne von Paragraphen 138, 569, 823, 826, 840, 842 BGB, Artikeln 7, 23, 24, 36, 37 Berliner Verfassung, Artikeln 3.7 – 3.8, 4.1, 7.5 der [Konstitution der Gemeinschaft Rus'](#), unter anderem Betrug zum Zwecke eigennütziger Bereicherung und Diebstahls, Rechtsbruch durch Vertragsbruch, Urkundenfälschung, Nachstellung, Nötigung, Körper- oder Gesundheitsverletzung, Bildung krimineller Vereinigung u.a., leite ich Strafverfahren ein gegen folgende Personen und Körperschaften:

Petr Kurnygin, Bulvar Novatorov 100-77, 198217 Sankt Petersburg, Russische Föderation;  
Leonid Borisov, Lietzenburger Str. 97, 10719 Berlin, oder Im Nu GmbH, Kaiser-Friedrich-Str. 53, 10627 Berlin, Telefon: 01743076555;  
Beamten und Bediensteten des Amtsgerichts Wedding am Brunnenplatz 1, 13357 Berlin;  
Beamten und Bediensteten des Sozialgerichts in Invalidenstraße 52, 10557 Berlin;  
das Bezirksamt Wedding, das Sozialamt desselben, in Müllerstr. 146, 13353 Berlin;  
die Staatsanwaltschaft Berlin, an mehreren Stellen in Berlin;  
die Stadt und das Land Berlin, vertreten durch den Berliner Senat in Jüdenstraße 1, 10178 Berlin, und das Abgeordnetenhaus Berlin in Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin;  
Amtsgericht in Infanteriestraße 5, 80797 München;  
Amtsgericht und Generalstaatsanwaltschaft in Nymphenburger Straße 16, 80335 München;  
Landeskriminalamt in Maillingerstraße 15, 80636 München;  
Staatsanwaltschaft München I in Linprunstraße 25, 80335 München;  
die Stadt München und das Land Bayern, vertreten durch Abgeordneten des Bayerischen Parlaments in Max-Planck-Straße 1, 81675 München, und durch Mitglieder der Bayerischen Regierung, vertreten durch Bayerische Staatskanzlei, Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München;  
sowie gegen sämtliche andere Körperschaften aufgelöster BRD.

Im Wesentlichen sind die Umstände betreffend untragbaren Wohnverhältnisse in meinen Schreiben an das Amtsgericht Wedding vom 11.10.2019 und an das Amtsgericht Berlin Mitte Grundbuchamt vom 25.09.2019 erläutert.

Anfang Juli 2014 wurde ein Vertrag zwischen mir und Petr Kurnygin über die An- und Vermietung einer Wohnung geschlossen, wobei zum Zeitpunkt der Vertragsschließung die Wohnung eine defekte Heizungsanlage hatte, was Petr Kurnygin unterließ, mir zu sagen. Später ist diese Anlage völlig kaputt gegangen, so daß ich genötigt wurde, seit Winter des gleichen Jahres in einer kaum beheizten Wohnung, und seit bereits über 2 Jahren ohne Heizung und Warmwasserleitung zu wohnen, und weil weder Leonid Borisov, der als ein Betreuer für mich tätig war, noch die Beamten des Amtsgerichts Wedding, die in einem Betreuungsverfahren ihn als meinen Betreuer beordneten, noch Sozialamt, noch Sozialgericht, noch irgendwelche andere Personen und Körperschaften meinen berechtigten Förderungen entgegenkamen, und die Situation gemäß

rechtlichen Vorschriften regelten, d.h. mir eine neue Wohnung zur Verfügung stellten. Außer ihrem menschenverachtenden Verhalten und der Pflichtverletzung förderten die Beamten der Stadt Berlin unerlaubte Handlungen, und begangen selbst solche Handlungen, indem sie bis heute die Geldbeträge, die mir zustehen, unterschlagen, während sie solche an die Betrüger überweisen sowie Leonid Borisov entlohnen, den ich bereits mit meinem Schreiben an das Amtsgericht Wedding vom 11.10.2019 kündigte, und das Betreuungsverfahren selbst für nichtig erklärte.

Das Haus, in dem sich besagte Wohnung befindet, hat ein löchriges Dach, so daß am Dach und in der Wohnung die Wasserschäden entstanden sind, infolge dessen die Wohnung für die Gesundheit eine Gefahr darstellt. Die Wohnung ist mangelhaft ausgestattet, d.h. mit Sperrmüll statt Möbel, während meine berechtigten Ansprüche auf Mehrbedarf keine Beachtung finden.

Darüber hinaus, wurde ich von den Beamten und Behörden mehrmals mißhandelt, ausgeraubt, genötigt, bedroht, beleidigt, und [anderes Unrecht erfahren](#), worüber ich bereits [ausführlich berichtete](#), ohne daß die Personen oder Behörden, die sich für die Hüter des Rechts ausgeben, jemals versuchten, die Täter für ihre Untaten zu belangen, weil sie selbst diese Täter sind oder den Täterkreisen körperschaftlich angehören. Stattdessen malen sie in ihren kranken Köpfen, Berichten, und Behördenakten ein Zerrbild von mir nach ihrem eigenen Ebenbild, so daß sie mich nicht für den halten, wer ich in Wirklichkeit bin, sondern mich entsprechend ihren schizophrenen Vorstellungen über mich sehen. Nicht anders sahen Nazis unter Hitler die Juden, die Intellektuellen, die Russen, und alle anderen, die nicht zu ihrer Herde angehörten.

Eine Erklärung für die Verhältnisse, in welchen ich genötigt bin, seit über 20 Jahren zu leben, d.h. gesundheitschädigende Wohn- und Umweltverhältnisse, Geldnot, soziale Isolation, Berufsverbot und ständige behördliche Schikanen und nazistische Hetze, besteht darin, daß das [Hitlerreich im Schröder-Mekel-Reich fortbesteht](#), was heutige Nazis verleugnen und verschleiern, während deutsche Bürger zu überwiegendem Anteil geistig behindert sind, d.h. Unzurechnungsfähig und Geschäftsunfähig im Sinne von Paragraph 104 BGB, weswegen sie unfähig sind, ihren eigenen Schwachsinn zu erkennen, und ihr Unwissen zu begreifen. Ihnen die Wahrheit darüber zu vermitteln, wer sie in Wirklichkeit sind und was sie tatsächlich tun, ist unmöglich, weil Unkorrigierbarkeit der Verirrung und Unzugänglichkeit für äußere Einflüsse [charakteristische Symptome der Schizophrenie](#) sind. Indem sie ihre Krankheit und Zurückgebliebenheit verneinen, verunmöglichen sie eine Besserung ihres regressiven Zustandes.

Aus erklärten Gründen, müssen sie als gewissenlose und einsichtslose Täter behandelt werden, die niemals ihre Taten bereuen, und ohne Reue jeglichen Rechtsbruch begehen, solange sie in ihrem Wahnsystem verbleiben sowie angemessene Bestrafung entgehen. Viele diese Täter haben Endstufe der Bösartigkeit erreicht, ob Männer oder Frauen, ob Polizeibeamte oder Professoren der Hochschulen und Mitglieder der Akademien, weswegen sie nicht imstande sind zu erkennen, daß jeder einzelne von ihnen und sie alle gemeinsam Böses tun.

Die Auflösung der BRD durch die Eröffnung des Insolvenzverfahrens, die Anordnung rechtlicher Betreuung über die gesamte Bevölkerung, die Nichtigkeitserklärung ihrer sämtlichen Gesetze, Verordnungen und Körperschaften, die [Außerkraftsetzung Bayerischer Verfassung](#), und [andere Maßnahmen](#) sind Mittel der Wahl, um das Wahnsystem der Kranken zu zerstören, und ihnen den Ausstieg aus ihrem Paradies, in dem sie jenseits von Gut und Böse leben, zu ermöglichen.

Zu diesem Zweck verordne ich erneut die Beschlagnahme sämtlicher Akte, die schizophrene Personen über mich anlegten; die Schließung sämtlicher Körperschaften, die nicht dem Zweck der Erhaltung der erklärten Rechtsordnung dienen; die Entlassung der Bediensteten und Beamten dieser Körperschaften; die [Auflösung politischer Parteien](#) und eine angemessene Bestrafung ihrer Mitglieder; die Beschlagnahme zu Unrecht erworbenes Vermögens und seine Übergabe an die Stiftung für die Errichtung der konstitutionellen Ordnung, um die Neuausrichtung des politischen Systems zu ermöglichen, und innerhalb dieses das Rechtssystem, die [Gesundheitsvorsorge](#), und angemessene Produktion und Verbrauch gemäß rechtlicher Vorgaben aufzubauen.



Dr. Andrej Poleev  
Berlin, 1.07.2021.

Anlage: Kopie des Schreibens an das Amtsgericht Wedding vom 11.10.2019.

Amtsgericht Wedding  
Betreuungsgericht  
Brunnenplatz 1  
13357 Berlin

11.10.2019

Aufgrund der Umstände, die in meinem Schreiben vom 24.06.2019 {1} erläutert sind, und mit Verweis auf meine weitere Schreiben vom 14.10.2015, 10.03.2016 {2}, 25.11.2018 {3}, auf meine Willenserklärung vom 12.12.2018 {4}, sowie auf das Schreiben des Amtsgerichts Wedding vom 18.03.2016, erkläre ich das Betreuungsverfahren 52 XVII 487/14 für nichtig gemäß Paragraphen 139, 142, 143 BGB, infolgedessen die Betreuung, die in diesem Verfahren angeordnet wurde, wegfällt, entsprechendes Betreuungsverhältnis endet, und ich entlasse den Betreuer gemäß Paragraphen 1908b, 1908d BGB.

Durch Mißachtung meiner Anträge und seiner Verpflichtungen machte sich das Personal des Amtsgerichts Wedding schuldig an Verletzung meines Körpers, Schädigung meiner Gesundheit, Gefährdung meines Lebens, Unterlassung medizinischer Hilfeleistung, Falschbehandlungen, Falschdiagnosen, Fälschung medizinischer Zeugnissen, Beleidigung, des widerrechtlichen Berufsverbots und anderer unerlaubter Handlungen im Sinne von Paragraphen 569, 823, 1610, 1610a, 1612, 1613, 1901, 1907 BGB, weswegen ich berechtigt bin, einen Schadensersatz von Schuldner zu verlangen gemäß Paragraphen 241, 242, 249, 280 – 282, 325, 630h, 812, 823, 829, 830, 832, 839, 840 BGB.

Aufgrund dieser Feststellungen und Kraft meines Amtes als Insolvenzverwalter für das Vermögen aufgelöster Bundesrepublik Deutschland {5} beschlagnahme ich das Gebäude des Amtsgerichts Wedding, entlasse sein Personal fristlos und mit sofortiger Wirkung aus dem Dienst, und fordere die Herausgabe der Haustürschlüssel zur Vollendung der Beschlagnahme.

Im Weiteren bin ich berechtigt, für Personen, die ich für geschäftsunfähig erklärte oder erkläre, eine Betreuung anzuordnen und Betreuer zu bestimmen, oder übernehme selbst die Betreuung solcher Personen im Sinne und gemäß Paragraphen 104, 1785, 1896, 1901, 1903 BGB, Artikel 3.2. der Konstitution der Gemeinschaft Rus' {6}.

Dr. Andrej Poleev

Referenzen.

1. Anordnung zur Unterbringung in forensische Einrichtung.

<http://constitution.fund/letters/Unterbringung.pdf>

2. A. Poleev. Recht auf Widerstand. Enzymes, 2016.

<http://enzymes.at/indictments/Widerstand.pdf>

3. Anordnung über Amtsenthebung vom 25.11.2018 c/o WBS.

<http://enzymes.at/indictments/WBS.pdf>

4. Kopie notariell beglaubigter Willenserklärung vom 12.12.2018.

<http://constitution.fund/identity/documents/notarization.pdf>

5. Auflösung der Bundesrepublik Deutschland.

<http://constitution.fund/letters/Konkurs.pdf>

6. Konstitution der Gemeinschaft Rus'.

<http://constitution.fund/pages/constitution.htm>